

zerschlagen und keine Störung der Demonstration zugelassen. In den folgenden Tagen verbreitete sich unter den AstA die Auffassung, daß durch Zusammenrottungen und provozierendem Auftreten in der Öffentlichkeit die ständige Ausreise erzwungen werden könne. Diese Auffassungen wurden durch das Wirken der westlichen Medien und ihren skandalösen Berichterstattungen über die Ereignisse um den 17. 1. 1988 verstärkt und damit gezielt ein sogenannter Nachahmungseffekt angestrebt.

Durch Kirchenbesuche und andere Kontakte, u. a. durch das von der Leitung der evangelischen Kirche in Berlin eingerichtete Kontaktbüro für AstA im Konsistorium in der Grünstraße, sammelten hartnäckige AstA "Gleichgesinnte" und erklärten sich am 7. 2. 1988 zu den "Nachfolgern" der bis dahin organisatorisch und personell zerschlagenen "Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht der DDR", wie es aus dem in der Anlage befindlichen Schreiben vom 14. 2. 1988 hervorgeht. Die Neuformierung der AG wurde durch in westlichen Medien ausgestrahlte Interviews ehemaliger Mitglieder und eine Pressekonzferenz der Feindorganisation "Arbeitsgemeinschaft 13. August e. V." sowie in kirchlichen Veranstaltungen in der DDR verbreitet.

Die "Nachfolger" bildeten ein von ihnen als "Oberkopf" bzw. "Führungskreis" bezeichnetes Gremium und bestimmten Gruppenleiter zur Schaffung von Gruppen in einer Stärke von 20 bis 60 AstA in den Stadtbezirken von Berlin und in der DDR. Zielstellung war es, die AG von Berlin aus auf das gesamte Gebiet der DDR auszudehnen, um, wie sie formulierten, einen "Flächenbrand" zu legen.

Während die AG sich nicht unmittelbar der Kirche zugehörig, und nur deren Räume nutzend, betrachtete, sie formulierte in der an anderer Stelle genannten Erklärung vom 10. 12. 1987 wörtlich:

"Unsere Arbeitsgruppe genießt Gastrecht in den Räumen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg."